

Die Grenzen dicht geschlossen
von A. Chvatal

3 Seiten **Recht praktisch**
erklärt von G. Fuchsbauer +
G. Atteneder

Politik gegen Bildung
Kommentiert und analysiert
von H. Walser + R. Sellner + M. Sparr



Kurz, Köstinger, Kassegger

Mit uns in die neue Bildungszukunft



Editorial

Gerhard Pušnik



Im neu konstituierten Nationalrat fehlen nicht nur die Grünen als Opposition, es fehlt auch einer, der in den vergangenen Jahren unbestritten und über die Maßen sich für die Bildungsanliegen eingesetzt und auch aufgerieben hat. Harald Walser war in den letzten zwei Perioden wohl der profilierteste Abgeordnete in Sachen Bildung. Schade. Was seiner Meinung nach von der schwarz-blauen Truppe zu erwarten ist, können Sie auf Seite 9 nachlesen.

Eine erste Einschätzung darüber, wie sich die LehrerInnen-Gewerkschaftsspitze unter schwarzblauen Vorzeichen bettet, können Sie bei Reinhart Sellner – seines Zeichens Gewerkschafter und basisverbundener Kämpfer für ArbeitnehmerInnenrechte und solidarisches Handeln – nachlesen.

Gleich zwei Rätselbeiträge legen wir in dieser Nummer (zu finden auf den Seiten 3 und 16) vor, beide mit historischen Bezügen und somit für unsere LeserInnenschaft sicher leicht zu lösen. Wir erwarten die zahlreichen Rückmeldungen unter der Adresse: raetsel@oeli-ug.at

Unter Kurz ist das Außenamt zum Abwehramt verkommen, das Wort Integration im Namen ein Euphemismus. Neue moralische Maßstäbe fordert Andreas Chvatal auf Seite 11 hoffentlich nicht vergeblich. Ilse Seyfried berichtet über das Lebensmittel Sprache, Barbara Gessmann-Wetzinger im 2. Teil ihrer Serie über Autonomie im Bildungsland Südtirol und auch sonst ist dieser Kreidekreis ganz toll geworden, findet jedenfalls die Redaktion, die sich von Ihnen wünscht: durchblättern, schauen, lesen, emotional werden, ab(re)agieren, aktiv werden und mitmachen. Einfach öli sein!

Kommentar

Absurd, wer da über unsere Zukunft verhandelt

Retro-Rechter Axel Kassegger (FPÖ) verhandelt Bildung, Wissenschaft, Umwelt

Manchen wird schlecht und das ist verständlich: Das ganze Verhandlungsteam der FPÖ ist von deutschnationalen, ultrarechten Verbindungsmitgliedern durchsetzt (viel mehr als bei der ersten schwarz-blauen Koalition). 5 von 6 im Bundesvorstand der FPÖ und 20 von 51 FP-Nationalratsabgeordneten sind Burschenschafter. Die schlagenden Burschenschafter haben in der FPÖ eine „*stille Machtergreifung*“ durchgeführt, hält Hans Rauscher in der Kolumne „*Heil! Burschenschafter verhandeln unsere Zukunft*“ im STANDARD fest.

Das Koalitions-Verhandlungsteam der FPÖ: H.-C. Strache (Vandalia), Norbert Hofer (Germania Pinkafeld), Norbert Nemeth (Olympia), Anneliese Kitzmüller (Mädelschaft Iduna). Nur Herbert Kickl ist kein Burschenschafter, aber auch das ist kein Trost.

Neben Harald Stefan - Mitglied der Olympia (Untergruppe „Medien, Justiz, Kunst und Kultur, Verfassung, Europa- und Außenpolitik, Integration“), Wolfgang Zanger - Corps Austria (Fachgruppe „Verfassung), Johannes Gudenus - Vandalia Wien („Außenpolitik“) und Walter Rosenkranz -Libertas (Untergruppe „Sicherheit, Ordnung, Heimatschutz, Innere Sicherheit und Heimatschutz“) ist Axel Kassegger Verhandlungsleiter der FPÖ in der Untergruppe „Zukunft“ mit den Fachgruppen „Wissenschaft, Bildung, Umwelt“. Kassegger ist Mitglied der Burschenschaft Germania Graz und ein besonderes Exemplar eines Retro-Rechten. Dazu Hans Rauscher im STANDARD: „*Was er sich unter Zukunft vorstellt, bewies er 2015 mit einem Festvortrag, der vor rechten Verschwörungstheorien nur so strotzt: Uno, Weltbank, IWF, EU, Euro, ESM, Nato, NSA, die Vertreter der „Neuen Weltordnung“ (Kassegger) wollen alle die „Alte Ordnung“ (=isolierte Nationalstaaten) zerstören. Kassegger schloss mit einem donnernden „Heil Deutsche Burschenschaft!“.* Ein solcher Retro-Rechter verhandelt Österreichs Zukunft?“ Sebastian Kurz und seine ÖVP machen's möglich.

Impressum

ÖLI-UG | Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie

4643 Pettenbach | Pflasterweg 7 | mail: a@oeli-ug.at | Mobil: 0680/2124358

Redaktionsteam

Gerhard Pušnik (verantwortlich), Wilfried Mayr, Andreas Chvatal, Renate Brunnbauer und die AutorInnen. | Kreidekreis: Informations- und Diskussionsorgan der ÖLI-UG.

Wir finanzieren uns durch Spenden und Beiträge der Leserinnen und Leser.

Bankverbindung IBAN: AT52 6000 0000 7842 0320 lautend auf Mayr/Fuchsbauer ÖLI BIC: BAWAATWW | Auflage 12.000

Redaktionsschluss für den nächsten Kreidekreis 15. Dez. 2017 | Beiträge an a@oeli-ug.at

Bildung



Wer weiß, was die SchülerInnen der österreichischen Schule in Shkodra zum 10jährigen Jubiläum der Schule aufführen? Jene 5 LeserInnen, die uns (ohne youtube zu befragen) den Namen jener berühmt-berüchtigten Band, von der das Stück bzw. der Song stammt, per Mail raetsel@oeli-ug.at mitteilen, bekommen ein Kreidekreis Jahres-Abo 6x aufs LehrerInnenpult.

Kurz & Bündig Manfred Sparr

Gesamtschule kein Thema mehr

Am 18. Oktober 2017 berichtete oeli-ug.at über die aktuellen „Fünf Kernforderung von Neustart Schule an die neue Regierung“. Kurz danach nannte die Bildungsinitiative der Industriel-vereinigung, „Neustart Schule“, die ihrer Meinung nach *notwendigen Sofortmaßnahmen* um die Bildungsmisere endlich zu beenden. *Dabei schafft man es doch tatsächlich, die Mutter aller notwendigen Sofortmaßnahmen, nämlich das Ende der österreichischen Zwei-Klassen-Schule, mit keinem Wort zu erwähnen*, zeigte sich Niki Glattauer in seinem Kommentar „Tot, aber in stabiler Seitenlage“ im Kurier erstaunt. *Zu glauben, man könne die Schule reformieren, ohne mit der Beendigung des folgenschweren Auseinanderdividierens der Kinder in der Volks(!)schule zu beginnen, hieße, ein Unfallopfer mit Herzstillstand in stabile Seitenlage zu bringen, statt es wiederzubeleben.*

Neuer Bildungsminister?

Nur ein Mann, der's kann: Salcher, Taschner oder wer? In der Presse wird gar Sobotka als Nachfolger von Sonja Hammerschmid genannt. Wer hätte gedacht, dass die Gehrer-Ära noch überboten werden könnte? Sobotka! Aber es geht noch tiefer, wie Niki Glattauers Tipp befürchten lässt: *„Ein wahres Wort sprach der Industrielle Hannes Androsch: Bis heute sei jede Schulreform von einer Art Tea-Party-Bewegung, bestehend aus Pfründenbewahrern unter den AHS-Lehrerinnen, höheren Eltern und parteipolitisch agierenden Gewerkschaftern, so lange „verwässert und blockiert worden, bis sie am Ende keine mehr war“. Dass jetzt just jene Parteien den Bildungsminister stellen werden, die seit Jahren für den schulpolitischen Kolbenreiber verantwortlich sind, ist schon fast wieder lustig. Übrigens, ich tippe auf den ehreuwerten Walter Rosenkranz. Mind my words!“*

Ordentlich Zoff innerhalb der ÖVP

Manfred Sparr

Vorab: Die aktuellen Attacken der FCG-Funktionäre gegen die ÖVP-Spitze und ihre personellen Entscheidungen sind etwas „grob“. Man muss sich fragen, gehören jetzt schon wüste Beschimpfungen innerhalb der ÖVP zum neuen Ton von Kurz's `neuer Politik? Ursache der Attacken des Vorsitzenden der Pflichtschulgewerkschaft, Paul Kimberger, war die Berufung Andreas Salchers als Bildungsexperte bei den Koalitionsverhandlungen. Dass Salcher das beschlossene Schulautonomiepaket für „*einen ersten richtigen Schritt*“ hält, wie Der STANDARD berichtet, ist nur ein vorgeschobenes Argument. Es geht in diesem Fall um den Mathematiker Rudolf Taschner. Dieser zieht zwar für die ÖVP als Bildungssprecher ins Parlament, aber er wurde nach der heftigen Kritik und dem Bekanntwerden seiner wahren Vorstellungen von Pädagogik von Kurz „kaltgestellt“. (vgl. www.oeliug.at).

Taschner ist offenbar der „Mann“ der ÖVP-LehrerInnen-Gewerkschafts-Fraktion. Deshalb lässt Kimberger an Salcher kein gutes Haar: *„Salcher hat weder in einer Schule unterrichtet noch ein pädagogisches Studium absolviert“*, er sei ein „Populist“ und „Scharlatan“, *„... ein selbsternannter Bildungsexperte, dem es nicht um die Schulen geht, sondern um die Verkaufszahlen seiner Bücher.“* Seine Aussagen seien für LehrerInnen *„beschämend und abqualifizierend“*. (Der STANDARD)

Kimbergers Mann für die zukünftige Bildungspolitik scheint Taschner zu sein – ohne Wenn und Aber. Für Kimberger hat sich Taschner mit der Aussage, dass *„er das so heute nicht mehr schreiben würde“* rehabilitiert. Taschner habe *„Profil gezeigt und sehr vernünftige Ansätze.“* Wir haben schon bei Bekanntwerden der Einberufung Salchers als Bildungsexperte für die ÖVP berichtet, dass beide Akteure – Salcher wie auch Taschner - alles andere als Hoffnungsträger für eine gelingende Bildungspolitik sind. Nichtsdestotrotz werden beide in der ÖVP in Zukunft eine Rolle spielen, wenn auch eine zweifelhafte.

Österreichische Schule in Shkodra/Albanien

Karl Ablinger

Unser Mitstreiter Sepp Fasching ist seit diesem Herbst Leiter der Skola Austriake, einer HTL für Kommunikationstechnik in Shkodra in Albanien.

Bei einem Besuch konnten wir uns von der hervorragenden Arbeit, die an dieser Schule vom Team um Sepp Fasching geleistet wird, überzeugen. Zufällig waren wir genau am Tag der 10-Jahresfeier an der Schule und von den Darbietungen der SchülerInnen beeindruckt. Die Unterrichtssprache an der Schule ist Deutsch, so konnten wir vieles verstehen. Was uns besonders gefiel: Den gesellschaftspolitischen Themen wird an der Schule ein hoher Stellenwert beigemessen, das zeigte sich auch in Gesprächen mit den SchülerInnen. Gerade im Norden Albaniens, wo Frauen oft noch nicht einmal alleine einkaufen gehen oder (auch in den Städten im Norden) nicht immer alleine in Lokalen sitzen dürfen, von Kellnern nicht bedient werden, ist das besonders wichtig.

Die Schule ist auf Unterstützung angewiesen. Leider fließen die Mittel aus Österreich immer spärlicher, sodass Sepp Fasching viel Zeit damit verbringen muss, Geld aufzutreiben. Von den SchülerInnen wird ein Schulgeld von € 860,- pro Jahr eingehoben, trotzdem steigen die SchülerInnen-Zahlen, da die Schule in Albanien hohes Ansehen genießt. Für viele SchülerInnen ist es allerdings sehr schwer, das Geld für den Schulbesuch aufzubringen. Viele sind auf Stipendien angewiesen. Dies zu bekommen, ist allerdings nicht einfach und stellt auch für solche SchülerInnen, die es dringend brauchen, eine große Hürde dar. Zudem beträgt das Höchststipendium des Albanischen Staates nur € 680,- pro Jahr und deckt somit nicht einmal das Schulgeld ab.

Wer albanische HTL-SchülerInnen unterstützen möchte, wende sich an Sepp Fasching. <http://htl-shkoder.com>



Die Bildungslandschaft in Südtirol (Teil 2)

Barbara Gessmann-Wetzinger

Das Schulwesen in Südtirol schneidet in internationalen Vergleichen deutlich besser ab als die österreichische Schule. Wir werfen Blicke hinter die Kulissen

Die Autonomie der Schulen in Südtirol

Schulführungskräfte(=LeiterInnen eines Sprengels) tragen Verantwortung für die Finanzgebarung und die pädagogische Arbeit und sind mit ihrem Vermögen persönlich haftbar. Sie können schnell und unbürokratisch, ohne Rücksprache mit Vorgesetzten kurzfristig LehrerInnen oder Fachleute anstellen - auch mit Verträgen für nur wenige Stunden. So wird es möglich etwa einem nicht deutsch sprechenden MigrantInnenkind für einige Tage/ Wochen Dolmetschdienste anzubieten. SprengelleiterInnen können auch Überstunden finanzieren, damit ein Kind in einer akuten Krise Unterstützung bekommt. Motto: Alles, was ich rechtfertigen kann, ist möglich!

Die Verwendung der Ressourcen muss mehrmals im Jahr gegenüber einem „Revisor“ gerechtfertigt werden. SchulleiterInnen können auch Freistellungsstunden für ihre StellvertreterInnen oder Lehrpersonen mit speziellen pädagogischen Aufgaben verfügen. Die Autonomie steht und fällt mit der Courage der Schulführungskräfte: Was traue ich mich, was reize ich aus? Wie kann ich meine Maßnahmen rechtfertigen?

LehrerInnenressourcen

SprengelleiterInnen fordern jene Stunden an, die zur Abwicklung des gesetzlich vorgegebenen Unterrichts nötig sind, und erhalten sie samt einem Zuschlag von rund 50%. Integrationskinder, die schwer behindert sind – Fachterminus, Kinder mit Funktionsstörungen - bedeuten zusätzliche Ressourcen, die nach einem fixen Verteilungsschlüssel zugewiesen werden.



LehrerInnenmitsprache

Diese ist im Südtiroler Schulwesen fest verankert und erlaubt LehrerInnen etwa bei der Ressourcenverteilung und der Festlegung von Stundentafeln mitzuentcheiden. Der Sprengelleiter benötigt 50% plus eine Stimme um seine Vorhaben durchsetzen zu können, legt aber meist Wert auf breite Zustimmung.

Verwaltungspersonal

In jedem Sprengel gibt es großzügig besetzte Sekretariate, die einen großen Teil der Verwaltungsarbeit tragen. Dazu gehören die Organisation der Schülertransporte, das Geldeinsammeln, die Organisation und Abrechnung von Schulfahrten, die Verwaltung der LehrerInnen aber auch das Kopieren.

Jeder Sprengel hat einen Juristen/eine Juristin, der/die mit der Finanzplanung und der Abwicklung des Budgets betraut ist und Beschlüsse der Schule auf Rechtskonformität prüft.

Kontrolle der Schulen

Schulen werden alle zwei Jahre evaluiert. Die MitarbeiterInnen der Qualitätssicherung betreuen auf diese Weise etwa 10 Sprengel und

prüfen neben der Finanzgebarung, ob alle Stunden gehalten und die pädagogischen Ziele erreicht wurden. Begleitend werden Eltern- und eine SchülerInnenbefragungen abgehalten. Die Ergebnisse werden mit der Schulführungskraft besprochen und münden in Zielvereinbarungen für die kommenden zwei Jahre.

Im nächsten Kreidekreis geht es um die Leistungsbeurteilung und die Abschlüsse in Südtirol.

Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
8:00 - 8:45	Ch	Ch	Ch	Ch	Ch
8:45 - 9:30	Ch	Ch	Ch	Ch	Ch
9:30 - 10:15	Ch	Ch	Ch	Ch	Ch
10:15 - 11:00	Ch	Ch	Ch	Ch	Ch
11:00 - 11:45	Ch	Ch	Ch	Ch	Ch
11:45 - 12:30	Ch	Ch	Ch	Ch	Ch
12:30 - 13:15	MITTAGSPAUSE				
13:15 - 14:00	Ch	Ch	Ch	Ch	Ch
14:00 - 14:45	Ch	Ch	Ch	Ch	Ch
14:45 - 15:30	Ch	Ch	Ch	Ch	Ch



Nach dem 15. Oktober

Bildungs-Budgetpolitik, LehrerInneninteressen und die GÖD

Reinhart Sellner

*Es ist Zeit. Zeit für Neues.**

ÖVP und FPÖ verhandeln zügig. Kurz-Generalsekretärin Elisabeth Köstinger aus dem Bauernbund und FPÖ-Wirtschaftssprecher Axel Kassegger verhandeln u.a. den Bildungsbereich. Beide sind gegen sozial-integrative Schulreformen und pro Gymnasium, für Ghettoklassen als Integrationsmaßnahme und gegen sozial indizierte Ressourcenzuteilung an autonome Schulen. Die Schulverwaltungsreform wurde nach ausführlichen Verhandlungen mit der GÖD von den alten Koalitionsparteien kurz vor dem Neuwahlantrag der neuen ÖVP beschlossen. Sie soll jetzt überprüft und wieder rückgebaut werden, wo's ÖVP-Landesparteihauptleuten, AHS-Standespolitikern und burschenschaftlerischen Sozialabbauern recht ist. Kostenneutral, mit Sparpotential.

ÖVP-Kanzlerkandidat Sebastian Kurz und seine Koalitionsverhandler für Zukunft und Bildung sind fürs Einsparen von 4 Mrd. Euro im öffentlichen Dienst, damit die Steuerprivilegien von Besitzern und Erben großer Vermögen, von Stiftungen und Unternehmern, Konzernen und Banken auch die nächsten fünf Jahre finanziert werden können. Auf Kosten der öffentlich Bediensteten und der LehrerInnen, auf Kosten von Arbeitsplätzen, Arbeitseinkommen und Arbeitsbedingungen. Auf Kosten der Menschen, die auf die öffentlichen Dienste angewiesen sind, weil sie sich noch mehr Privat nicht leisten können.

Der neue Weg. Neue Gerechtigkeit und Verantwortung.

Die Medien lassen gern „die Lehrgewerkschafter“ zu Wort kommen, nach dem Wechsel des AHS-Vorsitzenden

Quin ins GÖD-Präsidium vor allem den APS- und ARGE-LehrerInnen-Vorsitzenden Paul Kimberger. Und er befürchtete zu Beginn des Schuljahres im Vorwahl-September, dass es mit dem Schulreformpaket zu neuen Sparpaketen und APS-Klassen mit mehr als 25 SchülerInnen kommen wird. Kimbergers Fraktionskollege und Wiener ZA-Vorsitzender verband das Befürchten mit der Vorhersage der bevorstehenden Überschreitung der KlassenschülerInnenhöchstzahl 25 an den Wiener Pflichtschulen fürs grade anlaufende Schuljahr, wie sich herausgestellt hat, eine Fehlannonce.

Tun was richtig ist.

Das rechte Stimmungsmachen gegen das SPÖ-geführte Ministerium und den Stadtschulrat des rot-grünen Wien verstärkte vielleicht Resignation und Frust von KollegInnen, eine die KollegInnen mobilisierende gewerkschaftliche Aktivität gegen die restriktive Bildungs-Budgetpolitik der von Kurz und seiner neuen ÖVP angekündigten SPÖ-ÖVP-Regierung und des nur noch interimistischen ÖVP-Finanzministers Schelling, war es nicht. Gewerkschaftlicher Widerstand gegen Einsparungspläne, die ÖVP und FPÖ für die kommende Legislaturperiode vorbereiten, sieht anders aus.

Bei „den Lehrgewerkschaftern“ sorgen die schwarz-blauen Bildungsverhandlungen immerhin für wenig Begeisterung. Das liegt aber nicht an der, trotz seit Vorliegen des Wahlergebnisses nach oben korrigierter Staatseinnahmen und Wirtschaftsdaten geplanten Fortsetzung der Sparpolitik. Die Forderung nach den für kleine Klassen und Lerngruppen notwendigen Budgetmitteln ist für kostenneutrale Verhandler von LehrerIn-

nendienstrecht und Schulreformpaket immer noch kein Thema, auch wenn ohne ausreichende Finanzierung eine gesetzliche KlassenschülerInnenhöchstzahl 25 ebenso wenig halten wird wie der Richtwert 25 des Schulreformpaketes.

Bei „den Lehrgewerkschaftern“ sorgen die schwarz-blauen Bildungsverhandlungen immerhin für wenig Begeisterung. Das liegt aber nicht an der geplanten Fortsetzung der Sparpolitik, trotz der vom Finanzminister nach der Wahl nach oben korrigierter Staatseinnahmen und trotz positiver Wirtschaftsdaten. Statt vehement von den Chefverhandlern ein Bildungsbudget einzufordern, dass für kleine Klassen und Lerngruppen notwendigen Ressourcen sicherstellt, wird die Rücknahme des von den LehrerInnen-Gewerkschaften akzeptierten „Richtwertes 25“ im Schulreformpaket zugunsten einer „gesetzlichen KlassenschülerInnenhöchstzahl 25“ gefordert. Auch die FPÖ ist für so ein kostenneutrales „Nachbessern“, grad so als, ob die Nicht-Überschreitung der 25 eine Frage des Wording wäre und keine Budgetfrage.

Ein neuer Stil.

Heftige Ablehnung gibt es anscheinend nur, wenn es um einen der von der ÖVP für die Themengruppe Zukunft beigezogenen Bildungsexperten geht. „Salcher hat weder in einer Schule unterrichtet noch ein pädagogisches Studium absolviert“, erklärt Kollege Kimberger dem Standard. „Er ist ein selbsternannter Bildungsexperte, dem es nicht um die Schulen geht, sondern um die Verkaufszahlen seiner Bücher.“ Salcher sei ein „Populist“ und „Scharlatan“, dessen Aussagen „beschämend und

abqualifizierend“ für Lehrer seien.“
(derstandard.at/2000066944703/Lehrergewerkschaft-will-Bildungsreform-aufschnuern)

Zusammen neue Wege gehen.

Die Diskussion um die ausreichende Finanzierung des Bildungssystems, der öffentlichen Dienste und des Sozialstaates durch vermögensbezogene Steuern, Erbschaftssteuer, Kapitalertrags-, Banken- und Spekulationssteuern hat „die LehrerInnengewerkschafter“ noch nicht erreicht, auch wenn diese Diskussion in LehrerInnenzimmern schon geführt wird und auf der ÖLI-UG-Homepage und im Kreidekreis nachgelesen werden kann. Im Vorstand der GÖD führt sie, no na, seit ihrer Fraktionsanerkennung 2015 die UGÖD. Entscheidend und neu ist aber, dass die Wahlkampfansagen der neuen ÖVP und ihres angesagten Koalitionspartners FPÖ den GÖD-Vorstand und den 2016 gewählten Vorsitzenden Koll. Schnedl veranlassen, sich als VertreterInnen von ArbeitnehmerInnen-Interessen klar und einstimmig – FCG, FSG,

UGÖD - für Sozialstaat und Sozialpartnerschaft, für Arbeiterkammer und Kammer-Pflichtmitgliedschaft als Basis für flächendeckende Kollektivverträge und gegen die Privatisierung des Sozialversicherungssystems ausgesprochen haben (Resolution des GÖD-Vorstandes vom 23. Oktober 2017, Video-Statement Norbert Schnedls - <https://goed.at/>).

Jetzt oder nie.

BefürworterInnen und KandidatInnen der Liste Kurz gibt es in der „schwarzen“ GÖD, aber sie melden sich nicht zu Wort, jedenfalls nicht im Vorstand. Ob und wie in den Fraktionssitzungen neue ÖVP, ÖAAB und christgewerkschaftliche ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen diskutieren ist ungewiss, Risse im alten GÖD-Beton sind offensichtlich. Dass aus Resolutionen und Ankündigungen gewerkschaftlicher Kampfbereitschaft breite, von PersonalvertreterInnen, BetriebsrätInnen und KollegInnen gewerkschaftliche Aktionen werden, dazu braucht's gegen die Übermacht neoliberaler gestimmter und finanzierter Boulevard- und Qualitätsmedien nicht nur in der GÖD neue Wege gewerkschaftlicher Informations- und Mobilisierungsarbeit.

Es gibt nichts Gutes, außer wir tun es (Erich Kästner). Join the Union, change the Union (UGÖD) Wer, wenn nicht wir?

* Titel und Zwischentitel sind Wahlplakatzitate 2017

KREIDEKREIS
Die Zeitung der österreichischen LehrerInnen Initiative | Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie
Nr. 2
April 2017



Auto...was?
Kommunikations- und
ÖVP und SPÖ gemeinsam
das Thema verfehlt

Inhalt
Demokratiereverständnis der GÖD | Benennung im 21. Jahrhundert | Digitalisierung der Schule - Das neue Liebling der Ministerin | Unsere Werte? | Kommunales Bildungsmanagement | Autonomiepaket - ÖLI-Positionen zu den zentralen Knackpunkten | Schlagworte, die in den Gesetzestexten nicht vorkommen | Vielbesprochenes Wahlzitat - VWA | Wahlbürgeranwälte - ein Bild-Projekt | Chancengerechtigkeit - ja bitte! | PV - Fragen und Antworten | Kunstseite | Kurzaussagen und Termine

www.oeliug.at

Den Kreidekreis abonnieren?

7 Euro Jahres-Abo auf
PSK AT52 6000 0000 7842 0320
ein zahlen.

ÖLI-APP: Immer top aktuell informiert



Die Österreichische Lehrer/innen Initiative – UG hat ihr Informationsservice mit der neuen ÖLI-UG APP um einen wichtigen Schritt erweitert. Derzeit kann die APP auf allen Smartphones mit dem Betriebssystem Android genutzt werden. Eine Version für iPhones wird im Frühjahr 2017 zur Verfügung stehen.

Was bringt dir diese APP?

Keine wichtige Nachricht mehr verpassen. Denn die ÖLI-UG APP informiert dich automatisch und top aktuell über alle neuen Beiträge auf der Homepage der ÖLI-UG. Ein Klick auf den ÖLI-UG Button öffnet direkt die Homepage auf deinem Smartphone.

Die APP ist einzigartig, denn sie

- ist kostenlos,
 - benötigt keine Daten von dir,
 - verursacht nur sehr geringes Downloadvolumen und
 - verbraucht so gut wie keine Energie (Batterie) von deinem Handy.
- Du findest die APP in deinem Store (Play-Store) unter dem Suchbegriff „ÖLI oder direkt über Link (QR-Code).



Politik gegen Bildung

Kurz, bündig und substanzlos: Die ÖVP/Liste-Kurz hat im zweiten Teil ihres Parteiprogramms auch zum Thema Bildung Stellung genommen.

Manfred Sparr



Eiszeit für die Bildung?

„Minimatura“ und „Chancenpass“ zum Pflichtschulabschluss

Um die Pflichtschule abzuschließen, soll künftig ein positives Abschlusszeugnis nicht mehr ausreichen. So fordert Kurz weitere Testungen nach der Neuen Mittelschule oder der Unterstufe. „Ähnlich der Matura“ soll diese Prüfung sein. Die Erfüllung der bereits bestehenden Bildungsstandards soll zur Pflicht werden. Nach diesem Prozedere erhält der/die Schüler/in am Ende der achten Schulstufe einen „Chancenpass“. Darunter versteht Kurz eine Kombination aus einer Prüfung der Bildungsstandards, einer Projektarbeit, einer verbalen Beurteilung der Stärken, Schwächen und besonderen Talente der Schüler/innen durch die Lehrer/innen und einem standardisierten Berufsorientierungstest.

Bildungspflicht bis 18

Schüler/innen, die diese „Minimatura“ nicht bestehen, sollen in eigenen Förderklassen die Grundkompetenzen doch noch erlernen. Damit will die Liste-Kurz die Erfüllung der Schulpflicht an Mindeststandards knüpfen und eine „Bildungspflicht“ nach der Sekundarstufe I einführen, wenn diese Mindeststandards nicht erreicht sind. Erst wenn die Kinder „sinnerfassend lesen können und die Grundrechnungsarten beherrschen“ – oder das 18. Lebensjahr vollendet haben, ist für sie die Schulpflicht erfüllt, führt Kurz dazu aus.

Ohne ausreichende Deutschkenntnisse kein Schuleintritt

Kinder, deren Deutschkenntnisse nicht ausreichen, um dem Unterricht folgen zu können, sollen automatisch in separaten Deutschförderklassen unterrichtet werden – egal wie alt die Kinder sind. Erst mit einem entsprechenden Deutsch-Niveau, dürfen die Kinder in den Regelschulbetrieb. Derzeit besuchen solche Schüler/innen als außerordentliche Schüler den regulären Unterricht mit zusätzlichen Förderkursen und in Wien gibt es bereits jetzt sogenannte „Sprachstartklassen“ für Flüchtlingskinder.

Elementarbereich: Orientierung an den „Bedürfnissen der Eltern“

Weil die Sprachkenntnisse für die Einschulung elementar seien, heißt es im Parteiprogramm: „Dazu braucht es verpflichtend ein zweites Kindergartenjahr für jene, deren Deutschkenntnisse noch nicht ausreichend sind“.

Weitere Bildungsthemen im Parteiprogramm der Liste-Kurz:

Verpflichtender Ethikunterricht und ab der fünften Schulstufe das Pflichtfach „Staatskunde“.

Erhöhen der Durchlässigkeit ins Schulsystems. Lehrer sollen im Wirtschaftsbereich Erfahrung sammeln und umgekehrt.

Sommerschulprogramm: „Wenn der Spracherwerb nicht vorangeht“, sollen Nachmittags- und Sommerkurse zur Pflicht werden.

Das Gymnasium muss bleiben: „Erhalt des differenzierten Schulsystems.“ Ausbau des Fachhochschulsektors, „Flächendeckende Zugangsregeln“ für Hochschulen und „moderate Studienbeiträge in Kombination mit einem Stipendiensystem“.

Breite Kritik am Bildungsprogramm der ÖVP

In Summe erntet die ÖVP für ihr Bildungsprogramm breite Kritik aus allen Parteien.

Eine Zusammenfassung der Kritikpunkte:

- Die Forderung nach Deutschklassen für Kinder, die nicht ausreichend Deutsch können, bezeichnete Walser „als gemeingefährlich für die Kinder“.
- „Aussondern bringt gar nichts. Die ÖVP schwenkt immer mehr auf populistische Forderungen der FPÖ ein. Völlig unverständlich ist, dass das ein Mann macht, der Integrationsminister ist.“ (Bildungssprecher der Grünen Harald Walser)
- „Während die SPÖ im Wahlkampf einen klaren Plan für Österreich vorgelegt hat, setzt die ÖVP um Sebastian Kurz auf Bilder und Plattitüden.“ (SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder)
- Statt inhaltlicher Konzepte, konkreter Maßnahmen, Umsetzungszeitpläne und Finanzierungsvorschläge liefert die ÖVP ein unambitioniertes und inhaltsloses Bilderbuch. (Schieder)
- „Nicht mehr als leere Worthülsen“ und, wenig erstaunlich“, eine Vielzahl von freiheitlichen Positionen im Kurzpapier. (FPÖ-Bildungssprecher Wendelin Mölzer)
- Kurz sei „als Retter des Bildungswesens unglaubwürdig. Die Probleme gäbe es schon lange. Die ÖVP und SPÖ habe sie aber einfach ignoriert. „Die Zukunft der Kinder war ihnen egal.“ (stv. NEOS-Chefin Beate Meinl-Reisinger)

Der neue Nationalrat: Was kommt auf uns zu?

Harald Walser

Schwer zu sagen. Aus meiner – Grünen – Sicht eine ganze Menge. Zuerst ein paar Hinweise abseits der Bildungspolitik.

Welche Partei wird künftig aufschreiben, wenn die FPÖ-nahe „Aula“ befreite KZ-Häftlinge aus Mauthausen als „Landplage“ und „Massenmörder“ beschimpft? Wir Grüne haben zehn betagte ehemalige Häftlinge ausfindig gemacht, einen Prozess finanziert und dem braunen Treiben Einhalt geboten. Andere Parteien haben sich vornehm zurückgehalten. Auch sonst im Kampf gegen Rechtsextremismus. So etwa bei der Finanzierung der Plattform „Stoppt die Rechten“, die jahrelang rechtsextreme Vorfälle dokumentiert hat. Wer wird diese Aufgabe im Nationalrat übernehmen? Und dann gäbe es noch Netzpolitik, Genderfragen, Überwachungsstaat usw.

Die zentralen politischen Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte werden die soziale Frage, ein effektiver Klimaschutz und Bildung sein. Bei ersterem zähle ich auf die Gewerkschaften, die eventuell sogar die SPÖ im Parlament wieder etwas auf Trab bringen könnte. Aber Klimaschutz? Der Blogger Helge Fahrnberger hat getwittert: „Papa, wie war das damals, als es noch die Chance gab, die Klimakatastrophe zu verhindern? Was habt ihr gemacht?“ Die Grünen abgewählt.“

Bildungspolitik: Rückschritt statt dringend notwendiger Reformen

Wir brauchen dringend grundlegende Reformen: Kinder, die schon in der Volksschule Nachhilfe bekommen, Konsum von Psychopharmaka bei den Kleinsten, Schlaflosigkeit bei Neunjährigen ... All das sind Auswirkungen der viel zu frühen Trennung von Kindern mit neuneinhalb Jahren. Sie ist

inhuman und gegen jede pädagogische Vernunft. An einer Lösung dieses Grundproblems sind Schwarz und Blau bekanntlich nicht interessiert.



Mit der Machtübernahme durch ÖVP und FPÖ sind in den nächsten Jahren zudem sogar Rückschritte im Bestreben nach mehr Chancengerechtigkeit, Inklusion, individueller und nachhaltiger Förderung zu erwarten.

Sebastian Kurz und seine ÖVP haben ein Thema: Selektion

Im Wahlkampf wurde von der ÖVP praktisch alle Herausforderungen mit Migration in Verbindung gebracht: separierte Deutschklassen für Kinder mit mangelhafter Beherrschung der Unterrichtssprache, obwohl – das sollte auch der bisherige Integrationsminister Kurz wissen – alle ExpertInnen betonen, dass eine Separierung kontraproduktiv ist. Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr nur für Kinder mit Migrationshintergrund. Inklusion? Fehlanzeige. Die ÖVP will Aussonderung unter dem Deckmantel der „Wahlfreiheit“. Neben der Sonderschule bleibt auch das Gymnasium – für alle, die eines in der näheren Wohnumgebung oder vielleicht schon ein Geschwisterkind an der Schule haben, deren Eltern sich Nachhilfe leisten können und deren Volksschullehrkraft beschlossen hat, nur noch Einser und Zweier im Zeugnis zu vergeben.

Das Ganze verkauft die ÖVP unter dem Titel „Zurück an die Spitze“. „Zurück“ dürfte immerhin stimmen.

Nichts Neues von der FPÖ: offene Hetze gegen Kinder

Auch für die FPÖ sind an allem, was nicht gut ist, Kinder mit nichtdeut-

scher Erstsprache schuld. Weil ihr jedoch die ÖVP unter Kurz Konkurrenz machte, legte sie noch was drauf: offene Hetze gegen Kinder. Strache zeigte Kinder unverpixelt vor einer Wiener Volksschule, ihre Mütter teilweise mit Kopftuch. Sein Kommentar: „Traurig“. Die FPÖ Vomp veröffentlichte auf Facebook Klassenlisten mit vollem Namen von Kindern, deren Herkunft für die FPÖ nicht deutsch genug ist ...

Und die SPÖ? Die Gemeinsame Schule für die 10- bis 14-Jährigen ist für die künftige Oppositionspartei schon lange kein Thema mehr. Der Begriff kam weder in Christian Kerns „Plan A“ noch im Wahlprogramm vor. Aufgabe von SPÖ – und hoffentlich auch den Neos – wird es sein, das Ärgste zu verhindern.

Hoffnung macht die Zivilgesellschaft. In Vorarlberg beispielsweise werden die Uhren nicht so leicht zurückzudrehen sein. Aber der Kampf um eine Modellregion „Gemeinsame Schule“ wird schwieriger werden. Er ist aber von zentraler Bedeutung, auch wenn es im künftigen Nationalrat dafür nur wenig bis keine Unterstützung geben wird und der ÖVP in Vorarlberg schon jetzt sichtbar die Knie schlottern. Kinder dürfen nicht für soziale und kulturelle Defizite ihres Herkunftsmilieus bestraft werden. Sie haben ein Recht auf eine Bildungschance – unabhängig vom Elternhaus. Dafür braucht es Teamteaching, Förderunterricht, Kleingruppen, Kooperationen, Aufgabenbetreuung, Sozialarbeit usw.

Es kommt viel Arbeit auf uns zu!

Kartoffelpüree und Wortsalat

Ilse M. Seifried



Als LehrerInnen sprechen wir und hören zu – täglich, stündlich, minütlich. Sprache (verbale, Mimik, Körpersprache, Musik, Malerei, ...) ist unser selbstverständliches Vermittlungsmittel. Der 22. Sprachheilpädagogischer Kongress, der im Oktober 2017 in Bad Ischl stattfand, hatte zum Motto: *Lebensmittel Sprache*

Lebensmittel Sprache.

Ich ziehe folgende Analogien:

wir essen - wir hören ... wir nehmen zu uns

wir kauen und schlucken – wir artikulieren ... mit Zunge, Lippen, Zähnen

wir verdauen (unterschiedlich gut oder schlecht): das Gegessene körperlich – das Gehörte emotional bzw. kognitiv
wir geben von uns das körperlich Verdaute – verbal das Ergebnis der Gedanken bzw. Emotionen: wir sprechen
Es kann zu Durchfall oder Verstopfung oder Wohlfühl kommen bzw. zu Rededurchfall.

Manche essen wenig, sind auf Diät – manchen reden wenig, manche schweigen eisern. Manche essen zu viel und haben Übergewicht – manche hören zu viel und sind übervoll im Kopf und im Herzen.

Jede Region hat ihre essbaren Lebensmittel wie auch ihre spezifische Sprache (Wortaufbau, Satzbau, Wortschatz (Wüstenmenschen andere als im Polarbereich) etc. Essverhalten und auch Sprachen können sich verändern, können verändert werden. Loslassen und Festhalten sind die Spannungspole,

zwischen denen wir körperlich und sprachlich (irritiert, zufrieden, gendergerecht, ...) schwingen.

Gemeinsam zu essen kann ebenso verbinden wie miteinander sprechen. Gegenwärtig werden auf der Welt 6912 Sprachen gesprochen. Neben dieser Kategorie gibt es auch jene der Familiensprache, Schulsprache, Herzsprache, FreundInnensprache, ...

Wo sind Essverhalten bzw. Sprachen deckungsgleich oder verschieden? In welchen Situationen essen/trinken wir dieses oder jenes, hören/sprechen wir diese oder jene Sprache (Dialekt, Hochdeutsch etc)?

Jedes Essen/Trinken/Hören/Sprechen hat eine Wirkung.

Ein Beispiel:

Du kannst das locker machen, obwohl du dich gestresst fühlst!

Die KognitionswissenschaftlerInnen sprechen von Embodiment – der Wechselwirkung zwischen Körper und Geist. Dr. med. Claudia Croos-Müller, Ärztin für Neurologie, Nervenheilkunde und Psychotherapie, hat Übungen, die aktuellen neurowissenschaftliche Untersuchungsergebnisse nützen, entwickelt, um die psychomentele Gesundheit der Kinder und Erwachsenen zu fördern. Selbstvertrauen ist die Grundlage, um das zu essen, worauf wir Lust haben, um das zu hören/sagen, was wir sagen wollen.

Mit diesen Übungen lässt sich nachhaltige die psychomentele Stabilität trainieren.

Für SchülerInnen ist die Auseinandersetzung mit Sprache auf einer persönlichen und auf einer Metaebene im (sprachheilpädagogischen) Unterricht selten. Die vielfältigen Erfahrungen und Gespräche tragen zu ihrer Identität und ihrem Selbstbewusstsein bei. Als Lehrerin erfahre ich mit diesem Projekt viel über die sprachlichen Bezüge der einzelnen SchülerInnen und deren Selbstbild. Am Ende des Schuljahres kann ein Veränderungs- bzw. Wachstumsprozess sichtbar und besprochen werden.

Wo finden die Sprachen, die ich spreche, ihre Verankerungen im Körper?

Mit welcher Farbe?

Viel Freude bei dieser (auch eigenen) Entdeckungsreise!

Literatur

Croos-Müller, Claudia (2012): Nur Mut - das kleine Überlebensbuch. Kösel
Croos-Müller, Claudia (2013): Viel Glück - das kleine Überlebensbuch. Kösel

Becker, Jan (2015): Du kannst schaffen, was du willst. Piper
Siehe auch: Reicht ein Wort um zu kommunizieren?

<https://futurezone.at/digital-life/oida-wienerisch-tutorial-wird-zum-video-hit/265.254.298>

http://www.sprachheilpaedagogik.at/kongress_17_prg.html

Ilse M. Seifried, B.Ed.

ist Lehrerin für Sonderschule und Sprachheilpädagogik, Kulturschaffende und Autorin.

UBG

**Rechtsschutz, Beratung und Service
ab dem 1. Beitrittstag**

18.- € Mitgliedsbeitrag

Unabhängige Bildungsgewerkschaft
www.bildungsgewerkschaft.at

Die Zäune hoch, die Grenzen dicht geschlossen

Andreas Chvatal



Von 2004 bis 2014 wurden in Deutschland rund 720 000 Asylanträge gestellt. 2016, am Höhepunkt der Flüchtlingskrise waren es 750 000 nur in diesem einen Jahr. Die Schließung sämtlicher Fluchtrouten nach Europa, die – angeblich – dem Herrn Kurz allein zu ‚verdanken‘ ist, wird diese Zahl wahrscheinlich drastisch senken. Die EU hat beschlossen, zehntausende Menschen, die als Kriegsvertriebene Asyl im Sinne der Menschenrechte bekommen würden, daran zu hindern, um dieses Recht anzusuchen. Rechte Politiker/innen machen sich in dieser Sache die weit verbreitete, desinformierte Xenophobie zunutze, den Rest besorgt der Boulevard. Entstanden ist ein Klima brutaler Feindseligkeit, in welchem die seriöse Umsetzung der Menschenrechte zur Lachnummer degradiert wurde.

2016 wurden in der EU 1,4 Mio. Asylanträge bewilligt. Fast zwei Drittel davon in Schweden, Deutschland und Österreich. Die Hälfte des verbleibenden Drittels entfällt auf die Niederlande, Frankreich und Italien. Die 22(!) übrigen EU-Staaten ächzen unter einem Sechstel(!) der Gesamtbelastung. Folgt man dem unionsinternen Mainstream, sind die Schuldigen für diese Schieflage schnell gefunden. Sie heißen Schweden, Deutschland und Österreich. Durch ihre menschenrechtskonforme Aufnahme von Hundertausenden Kriegsvertriebenen, sei das Problem ja erst entstanden. Große europäische Denker wie Orban, Seehofer oder der alpenrepublikanische Außenbasti sind sich einig: Viel früher hätte man die Grenzen sperren müssen, und gegen die schon Anwesenden müsse eine neue Gangart eingelegt werden. Nachdem Bastis Idee mit der Insel sich in Ermangelung eines geeigneten Eilandes innerhalb der EU als undurchführbar erwies, wird auf den Einfallsreichtum vom alten Orban Wickerl gesetzt. Ungarn hat einfach 194 000 von 200 000 Asylanträgen abgewiesen. Die Lösung der Flüchtlingsproblematik wird - von weit

rechts gesehen – in der Illegalisierung der Flüchtlinge erblickt. Der Flüchtling soll in seiner Gesamtheit als illegal definiert werden. Es sei denn, sie oder er bleibt in einem der Lager in der Türkei oder in Jordanien. Für afrikanische Flüchtlinge liegen entsprechende Einrichtungen – auf dem bekanntermaßen sicheren lybischen Boden - ja quasi auf dem Weg. Dort können sie in Beratungszentren darüber informiert werden, dass jeder weitere Schritt in Richtung Europa erstens illegal und zweitens sinnlos sei. Das Ziel müsse die völlige Abschottung der EU gegen jeglichen Flüchtlingszuzug sein. Nur wer bereit ist, diese inhumane Position zu vertreten, hat derzeit die Aussicht auf einen Wahlerfolg. Diese Politik schürt die Vorurteile, von denen sie schlussendlich profitiert. Fakten sind unerwünscht und werden medialerseite verschleiert. Im Folgenden ein Versuch der Entschleierung.

In den beiden Hauptaufnahmeländern kommt ein 2016 neu aufgenommenen Flüchtling auf 100 Einwohner, in Ö auf 150. In den NL liegt diese Relation bei 450:1, in Fr bei 500:1, in Italien bei 700:1 und in der übrigen EU bei 1140:1. Deutschland, Schweden und Österreich beweisen, dass ein Wert von 100:1 bewältigbar ist – wohlgemerkt, nicht: problemlos. Wenn die 22 bisher kaum beteiligten EU-Länder auch nur mit einem Viertel dieses Wertes belastet würden, könnte die EU morgen dort noch weitere 500 000 Flüchtlinge aufnehmen. Das ist eine rein theoretische Überlegung, manche Länder würden sich einfach weigern, Flüchtlinge aufzunehmen. In Anbetracht der politischen Erfolgsaussichten, eine erklärbare Reaktion, wenn auch mit höherstehender Ethik völlig unvereinbar. Eine Neudefinition des Begriffes „Europäische Werte“ scheint dringend erforderlich. Wird die Grundlage des ‚Friedensprojektes Europa‘ in Zukunft von Opportunismus und Egomane bestimmt sein oder kann die Union jenen die Hand reichen, die Frieden nur mehr als vage

Wunschvorstellung kennen? Ein erster Schritt: EU-Mitgliedsstaaten, die keinen humanitären Beitrag leisten, sollen sich wenigstens im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Finanzierung beteiligen.

Laut PRESSE vom 30.9.16 kostet ein Flüchtling in Österreich ca. 16.000 Euro im Jahr. Für die 50 000 Neuanerkannten aus 2016 also 800 Millionen oder 0,23% des BIP. Die Gesamtzahl der anerkannten Flüchtlinge in Ö wird wohl bei etwa 80 000 liegen. Man geht davon aus, dass 50% von ihnen innerhalb von 5 Jahren in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Sie zahlen dann Steuern und zahlen in das Sozialsystem ein. Das BIP der EU liegt bei etwa 1200 Mrd. Euro. Die Mittel für eine menschenwürdige Lösung der Flüchtlingsfrage sind also auf jeden Fall vorhanden. Natürlich kann die EU nicht alle aufnehmen. Es wird erforderlich sein, faire Asylverfahren schneller durchzuführen, um möglichst vielen Schutzbedürftigen zu helfen. Hohe Zäune und dichte Grenzen sind keine Lösung. Die Abschiebung Abgewiesener sollte die letzte Möglichkeit sein. Auch sie sollten eine Chance auf Integration bekommen. Allerdings, wenn diese nicht genützt wird, muss es Konsequenzen geben. Das Ignorieren von Fehlentwicklungen ist mit ein Grund für das Klima, in dem sich die Ablehnung von Flüchtlingen und ein entsprechendes Wahlverhalten entwickelt hat.

Die einzig wirkliche Lösung für das Flüchtlingsproblem, ist die Eliminierung der Fluchtgründe. In manchen Fällen sind diese wohl nicht beeinflussbar, vielleicht auch nicht zu erkennen, in einem jedoch sonnenklar. Der Krieg in Syrien könnte längst zu Ende sein. Die sinnlose Weigerung der USA, einen Frieden mit dem von Russland unterstützten Machthaber Assad zuzulassen, hält den Flüchtlingsstrom aus dem Land aufrecht. Die Rolle des ‚Friedensprojektes EU‘ beschränkte sich in der Sache auf Waffenlieferungen an Staaten, die sie an Konfliktparteien in Syrien weitergaben.



Gabriele Atteneder berichtet aus den Antworten der ExpertInnen.

EINVERNEHMENSVORGANG ÜBER GRUPPENGROSSEN

Bei einer Gewerkschaftsveranstaltung wurde gesagt, dass die Einvernehmensherstellung über die Klassen- und Gruppengrößen im kommenden Mai noch nicht gilt, weil diese Gesetzespassage erst am 1.9.2018 in Kraft tritt. Stimmt es, dass die Schulleitung im kommenden Frühjahr noch nicht mit SGA/Schulforum darüber verhandeln muss?

Antwort

Nein, das stimmt nicht, denn der letzte Satz in dieser Gesetzespassage über das Inkrafttreten des SchOG Par. 8a mit 1.9.2018 lautet:
„§ 8a Abs. 2 in der Fassung gemäß Z 3 ist auf Festlegungen, die gemäß diesem Bundesgesetz in der genannten Fassung zu treffen sind, bereits vor dem in Z 3 genannten Zeitpunkt anzuwenden.“
Damit die schulautonomen Klassen- und Gruppengrößen am 1.9.2018 beginnen können, ist daher der Einvernehmensvorgang mit SGA bzw. Schulforum bereits vor dem 1.9.2018 anzuwenden. Und das bedeutet eben im Mai 2018. Der genannte Abs. 2 in § 8a schildert genau den Einvernehmensvorgang mit SGA und Schulforum. Wir möchten die Personalvertretungen darauf aufmerksam machen, dass dahingehend bereits im Frühjahr 2018 der Erstellung der provisorischen Lehrfächerverteilung für das Schuljahr 18/19 unter Einhaltung des PVG § 9, Abs. 2, lit. b, besondere Aufmerksamkeit zukommt.

SCHWANGERSCHAFT UND BEFRISTETER VERTRAG

Ich habe einen befristeten Dienstvertrag, der Ende August ausläuft. Eine Weiterbeschäftigung im Herbst wäre möglich. Wird mein Vertrag auch ver-

längert, wenn ich im Frühjahr schwanger werde?

Antwort

Dazu gibt es nun - wie auch der ZABMHS im September in einem Rundschreiben bekannt gemacht hat - eine klare Aussage aus dem Bildungsministerium:

„Bei einer nachfolgenden Bewerbung im Folgejahr ist die gemeldete Schwangerschaft jedenfalls kein Grund diese Bewerbung abzulehnen und eine Weiterbeschäftigung nicht vorzunehmen. Eine Ablehnung der Weiterbeschäftigung kann auch alleine nicht damit begründet werden, dass die Bedienstete in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Weiterbestellung in das Beschäftigungsverbot geht, oder einen Karenzurlaub nach den Elternkarenzbestimmungen antritt und demzufolge eine (weitere) Vertretung aufzunehmen ist.“

Die vorliegende und gemeldete Schwangerschaft stellt keinen sachlichen Grund dar, das Dienstverhältnis nicht weiter zu verlängern, löst aber auch keinen zwingenden Rechtsanspruch auf Weiterbeschäftigung aus.“ Also: selbst wenn durch Schwangerschaft/Mutterschutz/Karenzurlaub, der Dienst im September nicht angetreten wird, hat eine Weiterbeschäftigung zu erfolgen, wenn sie ohne Schwangerschaft erfolgt wäre. Bis zum Ende des Karenzurlaubs kann der Dienstgeber eine Vertretung anstellen.

ELTERNTEILZEIT

Eine Kollegin ging mit einem Mischvertrag mit 8 gesicherten Stunden in Mutterschutz. Sie möchte mit Schuljahr 17/18 - allerdings nur mit 2 WE! - wieder einsteigen, das Baby ist dann 9 Monate.

1. Verliert sie dabei automatisch das Recht auf 8 Stunden oder bleibt ihr

Recht aufrecht?

2. Kann sie mit nur 2 WE in Elternteilzeit einsteigen

3. Die Kollegin möchte erst mit 2. Schulwoche in diese Elternteilzeit einsteigen. Ist das möglich?

Antworten

1. Nein, sie verliert das Recht auf ihre unbefristeten Stunden bis Ende 7. Lebensjahr des Kindes nicht, wenn sie bis dahin Elternteilzeit in Anspruch nimmt.

2. JA, aber NUR, wenn die Schulbehörde (zuständig ist in erster Linie der Landesschulrat) einvernehmlich diesen 2 WE zustimmt. Denn rechtlich gilt, dass das Beschäftigungsausmaß entweder einvernehmlich festzulegen oder der gesetzliche Rahmen einzuhalten ist: (Bei BundeslehrerInnen gilt) maximal $0,8 \times 20 = 16$ WE, aber nicht unter $0,3 \times 20 = 6$ WE.

3. Beabsichtigt die Mutter / der Vater die Teilzeitbeschäftigung zu einem späteren Zeitpunkt (als direkt nach dem Mutterschutz) anzutreten, hat sie/er dies dem Dienstgeber schriftlich bis spätestens drei Monate vor dem beabsichtigten Beginn bekannt zu geben. D.h. die Kollegin kann natürlich auch z.B. nach der ersten Schulwoche aus der Karenz in den Dienst und damit in die Teilzeit zurückkehren und nicht genau mit Schuljahresbeginn.

FÜRSORGEPFLICHT

Ich bin seit 25 Jahren Lehrerin. Nach meinem Sabbaticaljahr durfte die mich vertretende Junglehrerin an der Schule bleiben und ich bekam nur mehr die Hälfte „meiner“ Stunden zurück und muss seither in 2 Städten arbeiten, in denen ich nicht wohne. Dürfen Dienstjüngere vorgezogen werden und dürfen LehrerInnen ohne Lehramtsprüfung die Stunden blockieren? Außerdem werde ich an beiden

Standorten vorwiegend in Klassen mit 30+ SuS, 5 Sprachniveaus in Deutsch, SuS mit besonderen Bedürfnissen, extrem schwierigen SuS und zahlreichen Muttersprachen eingesetzt. Welche Möglichkeiten gibt es für mich, diese Situation zu ändern, da sie auf Dauer extrem belastend ist?

Antwort

Formelles Vorgehen:

1. Information an die Personalvertretung der Schule, da diese für die Einhaltung der Gesetze und den Einsatz auch für die finanziellen und gesundheitlichen Interessen der Bediensteten verpflichtet ist! Die PV möge bei der nächsten Diensterteilung (provisorische Lehrfächererteilung im Feb/März 2018 für 18/19) darauf achten, dass

- Sie als dienstältere Kollegin an der Schule vor dienstjüngeren eingeteilt werden und daher wie vor dem Sabbatical an einer Schule vollbeschäftigt werden,

- Sie als vollgeprüfte Kollegin an der Schule in Ihren Fächern vor fachfremden KollegInnen eingeteilt werden, - bei der Diensterteilung der Einsatz in schwierig(er)en Klassen über die Jahre gesehen gleichmäßig auf die FachkollegInnen aufgeteilt wird.

2. Im März bei der Personalvertretung erkundigen, wie die Einteilung für 18/19 aussieht. Und falls nicht wie gewünscht, dann noch einmal mitteilen, dass Sie die Unterstützung Ihres berechtigten Anliegens von der PV verlangen.

3. Falls sich die PV nicht für Sie einsetzt: Schreiben an die Personalvertretungsaufsichtsbehörde (PVAB), Ballhauspl.2, Bundeskanzleramt, 1010 Wien. Schildern Sie Ihre Situation und erheben Sie Beschwerde über die Nichtunterstützung durch den Dienststellenausschuss.

Das ist das Vorgehen, welches das Personalvertretungsgesetz vorsieht. Weiters raten wir Ihnen zu überprüfen, ob

der Schulleitung Ihr Anliegen klar und deutlich bekannt ist.

Wurde die Schulleitung und im Dienstweg über die Schulleitung der Landes-schulrat über Ihr Anliegen schriftlich informiert?

Denn es gibt eine Fürsorgepflicht des Dienstgebers und auch die Verpflichtung des Landesschulrates, die Bediensteten möglichst nahe an ihrem Wohnort einzusetzen. Dies auch deshalb, weil anderes für den Dienstgeber teurer kommt.

Sie haben Anspruch auf die Pendlerpauschale zu Ihrer Stammschule (Weg zum Arbeitsplatz) und auf Reisekostenersatz (Reiserechnung) für die Fahrten von der Stammschule oder (wenn das näher ist) von zu Hause zur Zweitschule, weil es sich dabei um Dienstreisen handelt!

ABSETZSTUNDEN UND MDL

Bei uns hat ein Werkstättenleiter 20 Absetzstunden und zusätzlich 2 EDV-Kustodiatstunden. Darf das sein oder gibt es eine gesetzliche Obergrenze?

Antwort

Man darf nicht mehr als 20 WE Nicht-Unterricht haben! Alle WE, welche für Tätigkeiten im Schuldienst gewährt werden, verringern die Unterrichtspflicht (im alten Dienstrecht 20 Werteinheiten). Die „Verringerung“ darf nicht mehr als die Unterrichtspflicht ausmachen. Es dürfen auch keine Mehrdienstleistungen aus Freistellungsstunden entstehen. MDL dürfen nur für geleisteten Unterricht bezahlt werden.

RECHT AUF FREIEN ARBEITSTAG

An meiner Schule (NMS) sind deutlich über 50% der KollegInnen teilzeitbeschäftigt. Nun ist die Frage nach dem Anspruch auf einen freien Arbeitstag aufgetaucht. Gibt es einen solchen? Wie handhaben dies andere Standorte?

Antwort

Man hat kein Recht auf einen freien Tag. In § 47 LDG (1) steht nur, dass bei der Diensterteilung auf die persönlichen Verhältnisse, besonders auf die Gründe, die zur Herabsetzung der Lehrverpflichtung geführt haben, soweit Rücksicht zu nehmen ist, als nicht dienstliche Interessen entgegenstehen. Es gibt aber auch kein Gesetz, das zitiert einen freien Arbeitstag verbietet. Im Sinne von PVG § 2, Abs. 1 und § 9, Abs. 2, lit. b ist auf eine gerechte Verteilung, gegebenenfalls auch über mehrere Jahre hin, zu achten.

SABBATICAL ODER UNBEZAHLTES KARENZJAHR

Ich habe eine halbe Lehrverpflichtung und möchte gerne ein Freijahr einlegen.

Ist ein Sabbatical auch im Zeitrahmen von einem Jahr und unbezahlt möglich? Besteht die Möglichkeit den Zeitrahmen von 2 Jahren auf 1 Jahr zu kürzen und trotzdem 50% bezahlt zu werden?

Antwort

Wenn du dich ein Jahr unbezahlt karenzieren lässt, dann bist du in dieser Zeit nicht versichert (und erwirbst auch keine Pensionsversicherungszeit), bzw. musst dich selbst versichern. Wenn du ein Sabbatical mit Zeitrahmen 2 Jahre beantragst (und genehmigt bekommst), dann bekommst du durchgehend die Hälfte des Bezuges und bist die ganze Zeit versichert und hast auch die ganzen 2 Jahre als Pensionsversicherungszeit. Ein Sabbatical ist bei LehrerInnen nur mit Rahmenzeit 2 oder 3 oder 4 oder 5 volle Schuljahre und als Freijahr ein ganzes Schuljahr möglich. (Ausnahme: das Ende des Sabbaticals darf auch während des Schuljahres, sein, wenn unmittelbar danach die Alterspension – also bei Erreichen des Pensionsalters 65/60 – angetreten wird.)

Bildungsreformgesetz: Freigabe der 50-Minuten-Stunde ab 1.9.2018

Gary Fuchsbauer

Mittlerweile wurde das am 28.6. im Nationalrat beschlossene Gesetzespaket am 15.9. im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Siehe:

ris.bka.gv.at/eli/bgbl/I/2017/138

Im Kreidekreis 5/2017 (September,

archiv.oeli-ug.at/Krkr1705.pdf) sind Seite

8-9 einige Inhalte behandelt worden. Ebenso wurde dargestellt, wann welche Änderungen in Kraft treten.

Da eine Änderung des Dienstplans der LehrerInnen und der ganzen Schule durch die Freigabe der 50-Minuten-Stunde ab dem nächsten Schuljahr vom Gesetz her schulautonom möglich ist, und das ja sowohl entsprechende Vorplanungen, als auch Einvernehmensprozesse mit dem Schulpartnerschaftsgremium und der Personalvertretung erforderlich macht, soll dieses Thema hier schon jetzt behandelt werden.



Freigabe der 50-Minuten-Stunde

In jusline.at/gesetz/szg/paragraf/4 steht die derzeit gültige Bestimmung. Ab 1.9.2018 ändert sie sich in:

„(1) Eine Unterrichtsstunde hat 50 Minuten zu dauern. Aus Gründen der pädagogischen Zweckmäßigkeit oder aus organisatorischen Gründen kann die Unterrichtsstunde in der Dauer von 50 Minuten durch den Schulleiter für einzelne oder alle Unterrichtsgegenstände an einzelnen oder allen Unterrichtstagen unter Beachtung der lehrplanmäßig vorgesehenen Wochenstundenzahl in den einzelnen Unterrichtsgegenständen auch als Unterrichtseinheit mit weniger oder mit mehr als 50 Minuten festgelegt werden. (2) Zwischen den einzelnen Unterrichtseinheiten sind ausreichende Pausen in der Dauer von mindestens fünf Minuten vorzusehen. In der Mittagszeit ist eine ausreichende Pause zur Einnahme eines Mittagessens und zur Vermeidung von Überanstrengung der Schüler festzusetzen.“

Im Schulunterrichtsgesetz wird dem § 10 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Der Stundenplan ist derart zu erstellen, dass am Ende des Unterrichtsjahres die Erfüllung der lehrplanmäßig vorgesehenen Unterrichtszeiten durch jeden Schüler und jede Schülerin rechnerisch nachvollziehbar ist. Dies hat mit der Maßgabe zu erfolgen, dass sich in den einzelnen Unterrichtsgegenständen durch die Festlegung von Unterrichtsstunden als Unterrichtseinheiten mit weniger oder mehr als 50 Minuten gemäß den Bestimmungen des Schulzeitgesetzes die Anzahl der Unterrichtseinheiten je Unterrichtswoche für

Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrpersonen nicht erhöht; über die Unterrichtswoche hinaus gehende Blockungen bleiben davon unberührt.“

Das bedeutet:

- Die Dauer von Unterrichtseinheiten kann flexibel gewählt werden. So kann zB auch eine 100-Minuten-Einheit („Doppelstunde“) oder eine 135-Minuten-Einheit (zB Abendschul-laborblock) geschaffen werden. Ebenso sind kürzere Theorieeinheiten und längere Übungseinheiten denkbar. Da es sich dabei um die – wie es im PVG § 9 Abs. 2 li. b heißt – „Erstellung und Änderung des Dienstplanes einschließlich der zeitlichen Lagerung der Ruhepausen und der Diensterteilung“ handelt, die sich „über einen längeren Zeitraum oder auf mehrere Bedienstete bezieht“, ist darüber mit „dem Dienststellenausschuss das Einvernehmen herzustellen“.
- Die **50-Minuten-Stunde dient als Berechnungsgröße**.
- Die **Gesamtunterrichtszeit** nach dem jeweils geltenden Lehrplan ändert sich nicht. Projektunterricht, Blockungen und themenzentrierter Unterricht werden vereinfacht.
- Die flexible Gestaltung der Unterrichtszeit bedeutet **keine Erhöhung der Lehrverpflichtung**, sondern ermöglicht einen flexibleren Einsatz der LehrerInnen, entsprechend den pädagogischen Konzepten am Standort.
- **Der Stundenplan ist derart zu erstellen, dass am Ende des Unterrichtsjahres die Erfüllung der lehrplanmäßig vorgesehenen Unterrichtszeiten durch jeden Schüler und jede Schülerin rechnerisch nachvollziehbar ist.**

Die Passage, dass die Schulbehörde aus bestimmten Gründen in einzelnen Schulen für einzelne Stunden eine Dauer von 45 Minuten festlegen kann, entfällt. Ebenso entfallen die Bestimmungen, dass bis zur 8. Schulstufe 2 und ab der 9. 3 Stunden ohne Pause gehalten werden dürfen. Denn das kann nun alles in der Schule selbst entschieden werden.

Hier noch der Link zu den Gesetzestexten samt Erläuterungen: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/A/A_02254/imfname_642222.pdf Seite 129-130 dieses pdfs steht die Erläuterung zur „Öffnung der 50-Minuten-Unterrichtsstunde“

Wünsche, welcher Teil des Bildungsreformgesetzes im nächsten Kreidekreis behandelt werden soll, bitte melden.
Zusammenstellung: Josef Gary Fuchsbauer, 0680 2124358, fuchsbauer@oeli-ug.at



Bernhard Gwiggner

Studium der Kunstpädagogik und der Bildhauerei.
Seit März 2017 Professur für „Bildnerische Erziehung
für künstlerische Praxis (Lehramt)“ der Universität
Mozarteum am neuen Standort in Innsbruck.

www.gwiggner.com



GegenSetzung

Im Kurpark von Salzburg stehen unkommentiert Skulpturen von Hitlers Lieblingsbildhauer Josef Thorak. Er war der populärste und neben Arno Breker wichtigste Repräsentant des Nazi-Regimes im damals propagandawirksamen Bereich der Bildhauerei. 1950 fand parallel zu seiner ersten rehabilitierenden Ausstellung in Salzburg auch eine von Fritz Wotruba, dem Repräsentanten der Moderne, statt. Mein hybrider, unfertiger Nachbau der Thorak'schen Marmorskulptur in kubisch-wotrubesker Formensprache aus Hartschaumplatten löste als „GegenSetzung“ während der einwöchigen Intervention 2016 heftige Debatten zu Fragen des Umgangs mit Artefakten aus der Nazi-Zeit im öffentlichen Raum aus.

<http://gwiggner.com/werke/thorak/index.htm>

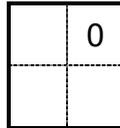
Über die Komplexität der Bildungspolitik

Das war die Titelseite des Kreidekreises 6/2007:



Das Layout hat sich geändert. Inhaltlich gilt aber dasselbe wie vor 10 Jahren:

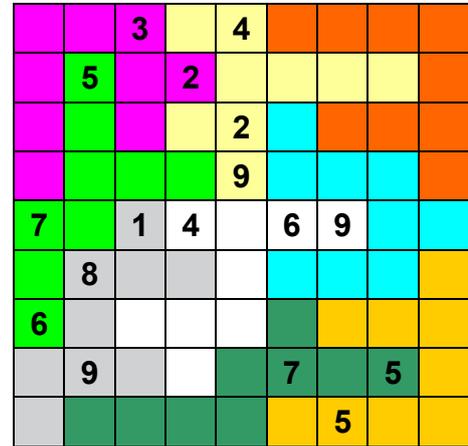
1. Es soll ja JournalistInnen und Finanzminister geben, die glauben, Bildungspolitik sei so einfach wie dieses Bidoku:



Füllen Sie die freien Felder so aus, dass in jeder Zeile und in jeder Spalte genau eine 0 und eine 1 stehen.

2. Es soll aber auch welche in Regierung und Gewerkschaft geben, die halten die Bildungspolitik für ein Farben-Sudoku:

Füllen Sie die freien Felder so aus, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem Farbbereich jeweils genau die Ziffern 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 stehen.



3. Wir aber glauben, dass es für eine gute Bildungspolitik nicht reicht, Zahlen hin und her zu schieben. Da braucht es schon auch Buchstaben – und die Zusammenhänge sind wohl komplexer als in einem Hexadeku. Und es braucht ÖLI-UG, um zur Lösung zu gelangen.

ÖLI-UG-Hexadeku: In jeder Zeile, in jeder Spalte, in jedem 4x4-Quadrat und in der linken und rechten Hälfte des Ö, im L, I, U und G müssen jeweils alle 16 Hexadeximalziffern (0123456789ABCDEF) vorkommen:

Die ersten 100 LehrerInnen, die die richtige Lösung von zumindest 2 Rätseln an ÖLI, 4643 Pflasterw.7 senden od. an raetsel@oeli-ug.at mailen, erhalten eine kostenlose Jahresmitgliedschaft bei der ÖLI und auf Wunsch unsere Berufsrechtsschutzversicherung. Ausfüllen ist einfacher in

		9				1				5									6
				4			C											8	2
5										1								B	
			B		2	C			6		4	7							1
1			F	E				5		D									
A	7	0			3														B
				5		7	6		C		0								
		E				B	C										6		8
		8	C	D						9	0		3						
			1			3			7		8							A	4
	6			1														E	C
	D		2			E	0						8						
2		7						A											1
		5	9		0	1	4					B		D					2
	E					F	8												
D		B	6											E	5	F			9

<https://www.oeliug.at/news/kreidekreis-ölzeitung/rätselseite>

